Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 120 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,07 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe — Freitag, 14. März

Anzeigenpreis: Einzelne Interventen je Zeile 80 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei pünktlicher Zahlung.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Die Sozialisierung ist Gesetz geworden

Eröffnungssitzung des Preußenparlaments

Der Sturm vor der Annahme

(Deutsche Nationalversammlung.)

Weimar, 13. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten. Vor Eintritt in die Tagesordnung führt

Reichswehrminister Noske bezüglich der Berliner Vorgänge aus, daß, nachdem die Schlacht mit allen ihren Schrecken eine Woche lang getobt hat, der Aufstand als niedergeschlagen gelten könne. Nur noch in einzelnen Vororten sei die Säuberungsaktion vorzunehmen. Es müßte versucht werden, die Entwaffnung soweit als möglich durchzuführen. Daß es in Berlin zu einem wahnwitzigen Kampf, zum Mord und Plünderungen kam, sei zum größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter, voran der „Roten Fahne" und der „Freiheit", zu setzen. (Abg. Haase wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er in seinem Zwischenruf Noske als „unverschämten Gesellen" bezeichnet hatte.) Monatelang hätten diese Organe die Bevölkerung Berlins skrupellos aufgepeitscht. Redner zitiert aus der „Roten Fahne" vom 5. März Ausführungen, in denen er, Noske, beschuldigt wird, die Proletarierleichen haufenweise in Deutschland geschichtet zu haben, und worin die sozialistische Regierung zum Massenhenker der deutschen Proletarier hingestellt wird. Sie hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion (mit erregter Stimme und wiederholt mit der Faust auf den Tisch schlagend) alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeiten sich zu eigen machen. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Die große Masse der Berliner Arbeiter sind selbstverständlich anständige Menschen. Aber wie bei allen großen Massenbewegungen, so heften sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unsaubere Elemente an die Fußspuren der ehrlichen und besonnenen Arbeiterschaft. Diese „Damen der Revolution" haben mit ihrem Treiben begonnen, aber der Belagerungszustand verhängt war und ehe ich nur einen einzigen Soldaten nach Berlin habe einmarschieren lassen. Redner gibt sodann eine Schilderung der Vorgänge in Berlin. Die Marinedivision habe das abgeschlossene Abkommen gebrochen, indem sie zahlreiche Waffen an die Zivilbevölkerung ausgab. Die Volksmarinedivision, die so unendliche Mühe in Berlin gemacht hat, bereit nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Ich gedenke tieferschüttert der Männer, die in diesen Schreckenstagen ihr Leben ließen. (Frau Zietz wird wegen des Zwischenrufes „Amokläufer" zur Ordnung gerufen.) Fast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu zögern. Die Behauptung, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich geschrieben und mich um Zurückziehung der Truppen ersucht, ist unwahr. Schweren Herzens und in höchster Not habe ich am 9. März abends zur Anordnung des Standrechtes mich entschlossen, aber ich durfte die Abschlachtung von einzelnen Soldaten nicht weiterdauern lassen. Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder einkehren kann.

Was geschah, verantworte ich

vor dem Staate, dem Lande und dem Volke. Ich scheue das Urteil der Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Zwischenrufe bei den Unabhängigen.)

Es folgt der Gesetzentwurf über die russischen Zahlungsmittel. In der Debatte wendet sich

Abg. Haase (U. S.) gegen das Gesetz, das eine neue Feindseligkeit gegen die Sowjetrepublik darstelle.

Finanzminister Schiffer: Der Rubel rollt in Deutschland, und zwar aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen diese Bergstürzungs- und Bestechungsgelder wenden.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf Anmeldepflicht der Bestände an russischen Zahlungsmitteln angenommen.

Es folgen die Abstimmungen über das Sozialisierungsgesetz. Paragraph 1 wird, nachdem ein Antrag der Unabhängigen, für den auch die Mehrheitssozialisten stimmen, mit 163 gegen 135 Stimmen abgelehnt worden ist, in der Ausschußfassung einstimmig angenommen.

Bei Paragraph 2 wird der Antrag Auer, der die Entschädigungspflicht beseitigen will, mit 136 gegen 9 Stimmen angenommen, was im Hause große Bewegung und Unruhe hervorruft. Es stellt sich schließlich heraus, daß ein Roten Stimmzettel nicht mitgezählt wurde, und nach endgültiger Nachzählung ist der Antrag mit 135 gegen 135 Stimmen abgelehnt. Paragraph 2 wird hierauf in namentlicher Abstimmung in der Kommissionsfassung mit 246 gegen 68 Stimmen bei einer Enthaltung, angenommen. Ebenso, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge, der Rest des Gesetzes. Der Gesetzentwurf in Kommissionsfassung, der folgenden Wortlaut hatte, ist somit Gesetz geworden:

§ 1.

Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

§ 2.

Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung

1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften in Gemeinwirtschaft zu überführen;
2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten.

§ 3.

Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft können dem Reiche, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden. Die Selbstverwaltungskörper werden dem Reiche beaufsichtigt. Das Reich kann sich bei Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4.

In Ausübung der in § 2 vorgesehenen Befugnis wird durch besondere Reichsgesetze die Ausnutzung von Steinkohlen, Braunkohlen, Preßkohlen und Koks, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Es folgt die zweite

Beratung des Kohlenwirtschaftsgesetzes.

Es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor. Außerdem beantragt die Kommission eine Entschließung, wonach der Nationalversammlung mit möglichster Beschleunigung der Gesetzentwurf über die Arbeiterräte vorgelegt werden soll.

Abg. Dr. Wieland (Dem.): Im Reichskohlenrat müssen alle Reichsteile berücksichtigt werden. Die Bergarbeiter bitte ich, nun das ihre zu tun.

Abgeordneter Graf von Posadowsky (Deutschnatl.)

Wir haben hier ein Mantelgesetz vor uns, da wäre besondere Sorgfalt am Platze gewesen. Insbesondere hätte man erwartet, daß ein so weittragendes Gesetz nicht hätte vorgelegt werden dürfen, ohne daß eine eingehende Enquete vorausgegangen wäre. Die Besitzer der Kohlenbergwerke werden herabgedrückt zu Zwischenmaßnahmen zwischen Verwaltung, Regierung und Verbrauchern. Im übrigen tritt an die Stelle der selbständigen Initiative des Unternehmens das Reglement. Das eröffnet namentlich für die Förderung unserer Kohlenausfuhr, auf die wir dringend angewiesen sind, die allertrübsten Aussichten. Wenn man aus dem Gesetz finanziell etwas für das Reich herausholen will, so hätte man das ebenso gut auf dem Wege der Steuergesetzgebung erreichen können. Daß man das nicht getan hat, beweist, daß politische Gründe für die Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen sind. Was es aber bedeutet, einen so gewaltigen Einfluß in die Hand einer politischen Parteiregierung zu legen, das brauche ich im einzelnen nicht auseinander zu setzen. Im übrigen fürchte ich, daß angesichts der Lohnforderungen der Arbeiter der Fiskus bei dem Gesetz sehr kurz kommen wird.

Um 1 Uhr wird die Beratung bis um 2 Uhr ausgesetzt.

Nachmittagssitzung

Abg. Henke (U. S.): Das Gesetz enthält nur erbärmliche Surrogate von dem, was die Arbeiter gefordert haben. Wir lehnen es ab.

Abg. Osterroth (Soz.): Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. (Abg. Cohn ruft: Frechheit! Er wird zur Ordnung gerufen.) Die Bergarbeiter wissen aber selbst, was sie von den Unabhängigen zu erwarten haben. Wir betrachten das Gesetz als eine Etappe auf dem Wege zur Verstaatlichung des Bergbaues. Hätten die Herren von der Rechten zehn Jahre früher den Wert der Gewerkschaften gewürdigt, so hätten sie sich viel Spartakismus erspart. Die Bergarbeiter wollen Taten sehen. Dieses Gesetz ist eine Tat.

Abg. Koenen (U. Soz.): Unsere Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Phantasien. Das Rätesystem ist im Kohlenbezirk gut vorbereitet. Erst gestern ist es im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier durch Vereinbarung der Regierung aufgerichtet worden. Die Regelung, die wir Unabhängigen im Mitteldeutschen Kohlenbergbau getroffen haben, hat so sehr den Beifall der Gewerkschaftsführer gefunden, daß sie dasselbe System auch im Ruhrrevier und in Oberschlesien einführen wollen. (Hört! Hört! bei den Unabhängigen.) Erst durch den Generalstreik haben die mitteldeutschen Bergarbeiter für die gesamte Bergarbeiterschaft die Anerkennung der Betriebsräte durchgesetzt. Unser Antrag, den Reichskohlenrat aus den Bezirksräten zusammenzusetzen, würde sich sehr leicht verwirklichen lassen. Wir wollen auch Sachverständige heranziehen. Der von der Regierung vorgeschlagene Sachverständigen-Beirat müßte aber eine Interessen-Vertretung sein, sonst wird das Gesetz eine Halbheit und Hohlheit bleiben müssen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen.) Es wird nunmehr dazu führen, daß die Kohlenkreise weiter streiken. Weil das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen und der Oeffentlichkeit sagen, daß die Mehrheits-Sozialisten einem solchen Gesetz zugestimmt haben. Beifall bei den Unabhängigen.)

Reichsarbeitsminister Bauer: Wenn die Unabhängigen zugeben würden, daß dieses Gesetz einen ersten großen Schritt auf dem Wege der Sozialisierung sei, würden sie ein großes Agitations-Argument aus der Hand geben, das aber wollen sie nicht, darum lehnen sie das Gesetz ab und hetzen in alter Weise weiter. (Sehr wahr! bei den Sozialisten.) Der Abgeordnete Koenen stellt es so dar, als ob die Anerkennung der Betriebsräte nur ein Erfolg des Generalstreiks in Mitteldeutschland sei. Er als der Hauptführer dieses Streikes fühlt sich nicht mehr ganz sicher und ist nun ängstlich bemüht, Erfolge dieses Streiks zu konstruieren, die in Wirklichkeit garnicht bestehen, denn alles, was vereinbart worden ist, war schon vorher von der Regierung zugesagt worden. Der Hauptzweck des Streikes waren nicht die Betriebsräte, sondern der Kampf gegen die Regierung.

Abg. Wallbaum (Dntschn.): Ein Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu, da er glaubt, daß es noch gelingen kann, durch die Ausführungsverordnungen einen Teil der schweren Bedenken gegen das Gesetz zu beseitigen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden darauf die einzelnen Paragraphen des Gesetzes angenommen, ebenso die Entschließung der Kommission über die Arbeiterräte. Darauf wird das Gesetz sofort auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teiles der Rechten angenommen. Das Sozialisierungsgesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort

Ministerpräsident Scheidemann: Pressenachrichten zufolge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Losreißung rheinischer Gebietsteile vom Reiche hinzielt. Die Reichsregierung sieht darin einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volkes. Die rheinische Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigennützigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen, ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses des rheinischen Landes zum Reiche ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Eine Entschließung, die von allen Parteien unterzeichnet ist und besagt „Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Regierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen" wird einstimmig angenommen.

Präsident Fehrenbach schließt darauf die Sitzung mit einer Ansprache.

Nächste Sitzung Dienstag, 25. März, 3 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.

Die Todesopfer von Berlin

Berlin, 13. März.

Die Zahl der Todesopfer der spartakistischen Unruhen ist jetzt so groß, daß die Unterbringung der Leichen auf Schwierigkeiten stößt. Im Leichenschauhause in der Hannoverschen Straße sind 196 Leichen untergebracht, von denen 42 unbekannt sind. Die Aufnahmefähigkeit des Schauhauses ist erschöpft. Fast ebensoviele Tote liegen in den beiden Garnisonlazaretten. Auch die Krankenhäuser sind sehr stark mit Toten belegt. So befinden sich im Krankenhause am Friedrichshain 115 und im Urbanskrankenhaus 30 Leichen.

Nach der Befreiung Lichtenbergs hat sich eine große Anzahl der tot geglaubten Beamten wieder auf dem Polizeipräsidium eingefunden. Bisher ist festgestellt worden, daß bei den Unruhen fünf oder sechs Polizeibeamte den Tod gefunden haben, und daß von der Besatzung der Lichtenberger Post sechs bis sieben Soldaten erschossen worden sind, und zwar nicht im Kampfe.

Während der Nacht kam es im Osten von Berlin nur zu vereinzelten Stellen zu Schießereien. Die Entwaffnung wird weiter durchgeführt.

Die Eisenbahndirektion erklärt, daß sie morgen den Stadtbahn- und Fernverkehr nach dem Osten wieder aufnehmen kann. Der Güterverkehr wird sich erst in einigen Tagen regelmäßig abwickeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903141-18/fragment/page=0001

Die Eröffnung des Preußenparlaments

Ministerpräsident Hirsch für ein freiheitliches, nicht zerschlagenes Preußen. — Geschäftsordnungsdebatte und Vertagung.

Berlin, 13. März.

Haus und Tribünen sind gut besetzt. Die Absperrungen werden **streng gehandhabt.** Gegen 2¾ Uhr betreten die Mitglieder der bisherigen Regierung den Saal und nehmen an den Regierungstischen Platz.

Ministerpräsident Hirsch betritt die Rednertribüne und hält eine Ansprache, in der er unter anderm folgendes sagt: Die verfassunggebende Landesversammlung ist ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung, die sich seit der letzten Tagung vollzogen hat. An die Stelle des Dreiklassen-Wahlunrechts ist das demokratischste aller Wahlrechte getreten. Mit ihm ist der Klassenstaat und die Klassenherrschaft zusammengebrochen, um Platz zu machen der Demokratie, der Herrschaft des Volkes in des Wortes weitestem Sinne. Ihnen steht die gewaltige Aufgabe bevor, auf den Trümmern des alten Junker-Preußens das neue Volks-Preußen zu erbauen. **Mögen Sie, getragen vom Vertrauen des Volkes,** unbeirrt durch verbrecherischen Terror auf der einen, durch reaktionäre Gelüste auf der anderen Seite, den richtigen Weg finden. **Die vorläufige Regierung unterwirft sich nach vier** schweren Monaten der Amtsführung mit ruhigem Gewissen dem Urteil des Volkes. Aus Pflichtgefühl, nicht aus persönlichem Ehrgeiz haben wir bei dem allgemeinen Zusammenbruch die Staatsgeschäfte in die Hand genommen. Diesen Zusammenbruch haben nicht zuletzt die alten Machthaber Preußens mitverschuldet, die sich hartnäckig an längst überlebte, unhaltbare Vorrechte klammerten. Den kraftlosen Händen der alten Machthaber entglitt das Staatssteuer. So nahmen wir die herrenlose Staatsgewalt an uns, um die völlige Auflösung von Staat und Gesellschaft zu verhüten. Mit verzweifelter Kraftanstrengung haben wir gerungen, aus der Tiefe des Zusammenbruches unser Volk wieder herauszuarbeiten an den Eingang zu einem neuen Aufstieg. Der Feind stand tief im preußischen Lande. Im Osten bedrohten Polen, Tschechen und russische Bolschewistenhorden die Kornkammern unserer Ostprovinz.

Unter dem Drucke des siegreichen Feindes waren wir gezwungen, weite preußische Gebiete, darunter kerndeutsches Land der Provinz Posen, den Polen preiszugeben. Und im Innern unterbrachen wilde Streikbewegungen fast ohne Aufhören den Fortgang und Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens. Eine gewalttätige, eine verbrecherische Minderheit bedrohte die Sicherheit des Staates und seiner Organe. Wir sind dicht an den **Abgrund restlosen wirtschaftlichen Zusammenbruches** gedrängt. Rettungslos stürzen wir in diesen Abgrund; wenn unser Volk sich nicht endlich auf seine Pflicht zur Arbeit besinnt. Und hat es denn vergessen, daß es bis zum Ausbruch des Krieges das arbeitsamste, das tüchtigste, das leistungsfähigste der Welt gewesen ist?

Die Lage der Revolutionsregierung war niemals leicht. Nur Pflichtgefühl hielt uns im Dienste des Volkes am Platze. In klarer Erkenntnis dessen, was wir dem Lande und dem Volke schuldig blieben, sagen wir mit festem Selbstbewußtsein: wir waren es, die in diesen unglücklichen, kampfdurchwühlten Zeiten den vollen Zusammenbruch verhindern konnten. Mit Genugtuung begrüßen wir den Tag, da diese Verantwortung von uns auf Sie, die frei gewählte Vertretung des ganzen Volkes, übergegangen ist. Große Aufgaben stehen Ihnen bevor, in der inneren Verwaltung, dem Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungsfürsorge und öffentlichen Gesundheitspflege, dem Unterrichts- und Erziehungswesen. Wir kennen keinen preußischen Partikularismus. Preußen ist bereit, aufzugehen im Reich, dem deutschen Einheitsstaat. Aber der denkbar ungeeignetste Weg zu diesem Einheitsstaat wäre die Zerschlagung Preußens in leistungs- und lebensunfähige Zwergrepubliken. Gefährlich war für Deutschland nur das alte Preußen, des Junkertums und der Reaktion. Das freie Preußen des freien Volkes soll ein Segen werden für das gesamte deutsche Vaterland. In unseren gliedstaatlichen Befugnissen bringen wir gern und freudig jedes Opfer im Interesse der deutschen Reichseinheit. Je freier und vollständiger der neue Preußen-Staat alle wirkenden Kräfte des Preußen-Volkes umfaßt und darstellt, desto gesicherter wird er gegen Losreißungs- und Absonderungsgelüste sein, desto fester begründet wird er jetzt wirklich auf der Liebe des freien Mannes. Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Mit dem **Geiste der Freiheit, der Ordnung und Arbeit** soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Herold** (Ztr.) übernimmt als ältestes Mitglied der Versammlung den Vorsitz und hält eine längere Ansprache, in der er zum Schluß sagt: Möge es der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung gelingen, ihr Werk zum Segen der Bevölkerung des Staates, sowie des Deutschen Reiches zum Abschluß zu bringen.

Der Präsident beruft sodann die vorläufigen Schriftführer und stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses fest, da bereits 340 Mitglieder angemeldet sind.

Ohne Erörterung stimmt das Haus einem Antrage auf Annahme einer vorläufigen Geschäftsordnung zu.

Der Präsident schlägt sodann vor, die nächste Sitzung morgen nachmittag 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Beratung eines weiteren Antrages zur Geschäftsordnung; 2. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführer; 3. erste, zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes wegen vorläufiger Ordnung der Staatsgewalt.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.) beantragt, einen soeben von ihm eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Standrechtes und des Belagerungszustandes in Groß-Berlin als vierten Punkt auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Es entspinnt sich eine zum Teil sehr stürmische Geschäftsordnungs-Auseinandersetzung, an der sich Mitglieder aller Parteien beteiligen. Das Ergebnis ist, daß der Antrag Hoffmann den dritten Punkt der morgigen Tagesordnung bildet und die vorläufige Verfassung den vierten Gegenstand.

Schluß ¼4 Uhr.

Der Vorfrieden von Versailles

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Haag, 13. März.

Reuter meldet aus Paris, daß noch vor Ablauf dieses Monats die deutschen Friedensdelegierten in Versailles eintreffen werden und zuerst mit den fünf Abgeordneten des Großrats der alliierten Mächte konferieren werden.

Die deutschen Friedensunterhändler

Weimar, 12. März.

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Brüssel haben heute begonnen. Der Reichsminister Erzberger und Graf Brockdorff-Rantzau sind heute hier eingetroffen, um an den Beratungen teilzunehmen, die der Zusammensetzung der deutschen Friedensdelegation gelten. Wie verlautet, wird die deutsche Delegation folgendermaßen zusammengesetzt sein: Führer ist Graf Brockdorff-Rantzau, ferner sind vom Kabinett noch Dr. David und Reichsminister Giesberts dabei, außerdem der bayerische Gesandte in Bern, der Sozialdemokrat Dr. Müller, Professor Schücking und der Hamburger Bankier Warburg. Ueber die Persönlichkeiten der einzelnen Kommissare und Sachverständigen verlautet noch nichts Näheres. Indessen hat das Kabinett die Ernennung dieser Persönlichkeiten ausdrücklich seiner eigenen Entscheidung vorbehalten. Es ist auffällig, daß Herr Erzberger, wie bereits gemeldet, nicht unter den angeführten Arbeitsmitgliedern der Delegation ist. Ob er bei der Friedensdelegation anderweitig Verwendung findet, ist nicht bekannt.

Berlin, 13. März.

Die drei Kommissionen für Lebensmittel-, Schiffahrts- und Finanzfragen sind am 12. März abends 8 Uhr in Brüssel eingetroffen. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von etwa zehn belgischen Militärautomobilen abgeholt, mit belgischen Chauffeuren, aber ohne militärische Begleitung. Die Ankunft im Bahnhof erfolgte in Gegenwart eines zahlreichen Publikums unter lautloser Stille. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im Hotel Astoria sehr gut untergebracht. Freiheit des Telegraphierens, offen und chiffriert, des Telephonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert. In der Nacht noch fand von 11 bis 1 Uhr eine interne eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern statt unter Vorsitz von Unterstaatssekretär von Braun.

Die Neutralen nach Paris berufen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Amsterdam, 13. März.

Nach einer Reuter-Meldung haben sämtliche neutralen Staaten Europas, Asiens und Südamerikas von Seiten der Friedenskonferenz die Einladung zu einer nicht-offiziellen Konferenz erhalten, die am 20. März in Paris stattfinden soll. Auf diese Weise soll den Neutralen Gelegenheit gegeben werden, in unverbindlicher Form ihre Stellung zum Völkerbund zu präzisieren.

*

Fürst Lichnowsky Gesandter in Washington?

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Hamburg, 13. März.

In hiesigen amtlichen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß nach dem endgültigen Friedensschluß Lichnowski zum deutschen Gesandten in Washington ernannt werden wird.

Sie lehnen die Verantwortung ab

Berlin, 13. März.

Der frühere Volksbeauftragte Barth ist in Oberschlesien damit beschäftigt, die Arbeiterschaft aufzuklären. Er empfahl in Hindenburg die vorläufige Aufgabe des Generalstreikes. Es wurde beschlossen, am 14 März die Arbeit wieder aufzunehmen, aber die Forderungen der Revolution mit allen gesetzlichen Mitteln weiterzuführen. Die oberschlesischen Arbeiter lehnen alle Verantwortung für Blutvergießen ab, da sie ihrerseits niemals Gewalt anwenden wollten.

Sturmsitzung der A.- und S.-Räte

Drohungen der Unabhängigen. — Der Saal militärisch besetzt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Berlin hielt gestern in den Germaniasälen eine Vollversammlung ab. Die Sitzung, in der die Vorgänge der letzten Tage aufgerollt wurden, verlief äußerst stürmisch. Nach der Erklärung, daß Noske sich weigere, die Freilassung der infolge „Streikvergehens" Verhafteten zu erwirken und die Regierungstruppen aus Berlin, insbesondere aus den besetzten Betrieben, zurückzuziehen, wurde in die Debatte eingetreten. Wir geben folgendes wieder: In einer längeren Rede sagte **Richard Müller** (U. S. P.) u. a.: Wer die Stimmung in der Arbeiterschaft kannte, wußte, daß es zu einem Ausbruch kommen mußte. Die Lichtenberger Vorgänge sind nicht eine Folge des Generalstreiks, sondern eine Folge jener militärischen Organisation, die man nicht mehr meistern kann. Diese Organisation ist schlimmer und gefährlicher als die revolutionäre. **Was wir jetzt erleben,** wird kein gutes Ende nehmen. **Es wird zunächst eine Kirchhofsruhe herrschen, aber dann wird die Saat aufgehen.** Im Januar 1918 saß ich in der Streikleitung mit Ebert und Scheidemann zusammen, in dunklen Küchen, vor den Machthabern verborgen. In einer Rede im Reichstag verurteilte Scheidemann die Politik der Gewalt und nannte diejenigen, welche bei uns auf Deutsche schießen lassen wollen, den Auswurf des deutschen Volkes. („Hört, hört!" und lärmende Zurufe: Scheidemann ist der größte Auswurf!) Heute läßt er auf das deutsche Volk schießen. (Großer Beifall und Widerspruch.) Den Gewalthabern und Militaristen rufe ich von dieser Stelle zu: Je mehr Ihr der Arbeiterschaft die Arbeits- und Lebensfreude raubt, um so schneller werdet Ihr Euren Untergang herbeiführen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Frank (Mehrheits-Soz.) spricht, von fortwährendem tobendem Lärm der äußersten Linken unterbrochen: Wir alle bedauern die Vorgänge. (Großer Lärm und stürmische Zurufe von links.) Diese Komödie werden wir nicht mehr lange zusammenspielen. (Großer Lärm.) Es ist ja bedauerlich, daß Militär in die Kämpfe der Arbeiterklasse eingreifen mußte. (Hier erhebt sich ein großes Toben, so daß der Redner nicht weitersprechen kann. Man ruft ihm entgegen: Schäme dich! Alter Lümmel! usw.) Ein Zusammenhang der Vorgänge mit dem Generalstreik ist doch nicht zu leugnen. (Erneuter ungeheurer Lärm.) Zum Generalstreik und zu diesem ganzen Wüten war gar keine Ursache. (Erneuter großer Lärm.) Der Streik hat der ganzen Arbeiterschaft außerordentlich geschadet. (Immer neue lärmende Unterbrechungen. — Zuruf: Mensch, hast du denn gar kein Schamgefühl!) Wir sind dabei, **wenn es gegen Bürgertum und Kapitalismus** geht, aber nicht, wenn der Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter geführt wird. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitssozialisten.) Wir wollen den Sozialismus. (Ruf: Kapitalismus!) Nach weiterem Lärm sagt der Redner: Wenn Sie Ihren politischen Fanatismus, Ihre Tobsucht und Raserei nicht lassen — — — Er kam jedoch nicht weiter. Neuer Lärm erhob sich. Ein Teilnehmer stürmt die Treppe zur Rednertribüne herauf und muß mit Gewalt zurückgehalten werden. Ein anderer Teilnehmer drang vor und rief dem Redner zu: **Du bist ein rechter Strolch.** Mit dir hat man früher an einem Tisch gesessen! — Frank stellt fest, daß es ihm nicht möglich ist, weiterzureden. Redner der Mehrheitspartei würden hier unterdrückt. Ein Redner der Linken bezeichnete diese Ausführungen als die frechste Provokation. (Zuruf: Frecher Lümmel!)

Dann hielt der Kommunist **Herrfurth** eine überaus scharfe und hitzige Rede gegen Noske, den er als „zäsarenwahnsinnig" bezeichnete. Das Standrecht sei ungesetzlich, die Erschießung gemeiner Mord, und auf gemeinen Mord stehe die Todesstrafe. (Zustimmung links.) Noske müsse dasselbe Schicksal erleiden. (Zustimmung links.) **Die Abrechnung,** rief er den Mehrheitssozialisten zu, **wird kommen. Dann aber wird geschehen, was noch schrecklicher ist, als was in Rußland geschehen ist.** (Laute Zurufe: Aha! bei den Mehrheitssozialisten. Da hinaus willst du!) Während der Redner dann über die bürgerliche „Gemeinheit" schimpft, entsteht am Saaleingang im Hintergrunde plötzlich großer Lärm. Soldaten mit Stahlhelmen erscheinen. Der Kommunist Herrfurth stürmt mit einem Satz hinter die Bühne und bleibt verschwunden. In der Versammlung erheben sich laute Protestrufe. Es wird mitgeteilt, daß **der Saal militärisch besetzt** ist und die Eingänge gesperrt sind. (Auch die Toreingänge an der Chausseestraße und der Hofraum waren von einer starken Militärwache besetzt.)

(Nachdruck verboten.)

Die Referendarin

8] **Roman von Carl Busse.**

Peter Körner sah ihn an, schüttelte den Kopf und fragte sich, wie viel Spleen und wie viel Ernst nun eigentlich dahinterstecke.

„Mir scheint", sagte er, „daß Sie Großkirchen gründlich hassen. Ist das Nest denn wirklich so schlimm? Oder ist der Chef eine süße Kanaille?"

„Eine süße Kanaille", wiederholte der Assessor mit verklärtem Gesicht. „Wie er das so von sich gibt! Haben Sie denn keinen Respekt, Mensch? Nein, gottlob — er hat keinen. Er hat keine Angst. Er duckt sich nicht. Sie werden nicht vor ihm kriechen. Vor ihm nicht, vor Großkirchen nicht, vor keinem!"

„Aber wer tut das denn in aller Welt? Sie laufen immer um die Hauptsache 'rum, wie die Katze um den heißen Brei. Möchten Sie mir nicht mal Erklärungen geben?"

„Das wird ja langweilig", dachte er währenddessen bei sich. „Ich glaube, mit dem kneip' ich auch nicht."

„Wer kriecht?" sprach Buttche da. „Alle! Ich voran, Dieckmann, die Richter, ganz Großkirchen. Nicht vor dem hochmögenden Herrn Amtsgerichtsrat. Jeder halt vor seinem Vorgesetzten, welchen Titel er auch führt. Der eine aus Streberei, der andere aus Bequemlichkeit, der dritte aus Feigheit. Da nehmen Sie den Dieckmann. In dem goldenen Armband liegt der ganze Mensch. Er ist eitel, dumm und will Karriere machen. Deshalb liegt er vor dem Chef auf dem Bauch und poussiert die Tochter und schneidet sein Leben genau zurecht nach dem, was oben beliebt ist. Er heuchelt gar nicht. Er ist der naive Streber und gefällt sich in seiner Rolle. Er ist ein ‚erstklassiger' Mensch, weil er Referendar ist — ein Patentekel, dem Sie nie beibringen werden, daß es etwas Höheres gibt als Akten anlegen. Aber lassen wir ihn. Erlauben Sie, daß ich von mir spreche.

„Ich, mein lieber Körner, bin der Kriecher aus Feigheit. Der sentimentale Kriecher. Dieckmann ist der naive, der's mit Freuden tut. Ich tu's mit Seufzen. Und weshalb kriech' ich? Weil man mir den aufrechten Gang genommen hat. Weil man mir Mut und Kraft totgelacht hat.

„Glauben Sie das nicht? Totgelacht, sag' ich Ihnen! Ich war auch mal 'n frischer Jung'. Wollt' aus eigenen Kräften was machen. Ich weiß: einmal wollt' ich 'ne Lokomotive bauen. Mein Vater lacht... ich hör' sein Lachen noch jetzt. Immer, wenn ich was anfing, hat er so gelacht. Das hat mir den Mut schon immer vorher genommen! Das hieß: Du dummer Bengel kannst ja doch nichts! Weiß Gott, warum er mir nichts zugetraut hat! So hat er mich in mich selbst 'reingetrieben, verstehen Sie? Was sonst bei 'nem gesunden Jungen nach außen schlägt, schlug nach innen. Ich hab' nicht gehandelt, sondern gegrübelt. Furchtbar viel Bücher verschlungen. Bis ich eines Tages den Gedanken hab': Buttche, du bist zum Dichter geboren!

„Na ja — nicht lachen, Bester! Lachen mordet so viel. Ich hab' also gedichtet. In Schulhefte — ganz heimlich. Verse, Dramen, alles mögliche. Keinem hab' ich mich vertraut. Bis kurz vor dem Abiturientenexamen. Da sagt mein Vater: ‚Jung', was willst du werden?' Er hätt' am liebsten einen Ingenieur aus mir gemacht. Aber daß ich dazu nicht paßte, sah er ein. Also Arzt oder Jurist.

„Drei Tage ging ich 'rum, endlich faßt' ich Mut. Nahm meine Hefte, legte sie meinem Vater vor. ‚Ich paß' nicht zum Juristen, nicht zum Arzt — ich glaub', daß ich Talent hab'!'

„Mein Vater hat sich halb tot gelacht. ‚Säusler' hat er mich genannt. ‚Künstler will er werden!'

„Wie er das Wort „Künstler" aussprach, das war schrecklich. Er hat nicht etwa gewütet. Immer nur gelacht. Hat die Hefte den Onkels und Tanten gezeigt. ‚Sotte doch, der Feixe macht ja richtige Verse,' sagte Onkel Knappe. ‚Was 'n gefühlvoller Junge!' sagt Tante Ulrike.

Und lachen. Der Direktor vom Gymnasium sieht mich so von der Seite an. Ich kann da eine Homerstelle nicht extemporieren. „Na," meint er, „das brauchen wir nicht, Behrens — he? Machen selber Verse. Wie heißt doch Ihr Gedicht: An die Gelübte?"

„„Gelübte", sagt er. Die ganze Klasse lacht. „O Gelübte, komm hernüder — küsse deinen Sänger wüder!" Die Klasse brüllt. So geht es weiter. „Ueberlassen Sie das Dichten lieber Goethen und Schillern. Haben die wohl schon als Kollegen betrachtet? Wie?"

„Körner, das verstehen Sie nicht. Da hat man eine Scham, da bricht was in einem. Von allen Seiten hat's gelacht. Spießrutenlaufen muß 'ne Wohltat dagegen sein. Knacks — so 'n Lachen mordet. Damals bin ich geknickt worden. Hab' mich nicht wieder erholt."

Er strich sich über die Stirn, als wären dort Schweißtropfen wegzuwischen.

Peter Körner hatte sich eine Zigarre angesteckt. Und während er den Rauch abblies, dachte er: „Teufel, das ist doch Ernst!" Es überkam ihn Mitleid und gleichzeitig die Scham, daß der andere sich so . . . so entblößte. Er wollt' was reden, irgend ein gutes Wort, fand aber keines. Da brummte er.

Buttche sah ihn von der Seite an.

„Haben wohl hier schon gehört, daß ich „Dichter" bin — was? Ich schwör's Ihnen: Unsinn! Sie brauchen keine Angst zu haben. Ich les' nichts vor und hab' auch nichts zum Vorlesen. Damals war's aus. Mein Gott, daß ich mal was Bedeutendes gekonnt hätte, ist ja nicht anzunehmen. Aber daß sie's mir so grausam tot gelacht haben — nee, nee, das war nicht schön. Aller Mut futsch, alle Kraft hin! Besonders, verstehen Sie, jede Lust, jeder Glaube! „Werd Jurist!", sagt mein Vater. Schön, das bin ich. Einer von den Unzähligen. Und feige bin ich seitdem. Mit Talent, denk' ich, durch dich selbst kannst du's doch nicht machen. Also duck dich! Das Selbstvertrauen ist totgelacht. Ich duck mich vor dem Rat, vor den Richtern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903141-18/fragment/page=0002

Der Streik im Zwickauer Kohlenrevier

Zwickau, 13. März.

Der Streik im Zwickauer Kohlenrevier hat sich gestern etwas weiter ausgedehnt. Auf Vereins-Glückschaft ruht der Betrieb auch heute vollständig. Beim Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein umfaßt der Ausstand den Vertrauensschacht und Tiefbauschacht. Bei der Zwickauer Bürger-Gewerkschaft war die Belegschaft vollständig angefahren. Streikende von anderen Werken veranlaßten aber die Belegschaft des einen Schachtes wieder auszufahren. Beim Zwickauer Brückenberg-Steinkohlenverein ist die Zahl der Ausständigen gering. Auf dem größten Zwickauer Werk, dem Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein, wird überhaupt nicht gestreikt. Im Oelsnitz-Lugauer Kohlenrevier ist der Ausstand noch vollständig. Am heutigen Donnerstag finden die Schlußeinigungsverhandlungen zwischen den Kohlenwerken und den Arbeitern in Lichtenstein statt. An diesen nimmt auch Wirtschaftsminister Schwarz aus Dresden teil.

*

Der Zwist mit den Tschechen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Genf, 18. März.

Zuverlässigen Meldungen zufolge hat der tschechisch-slowakische Minister einen persönlich an Clemenceau gerichteten Protest gegen das Vorgehen der deutschen und Budapester Regierung erhoben, deren Politik darauf ausgehe, dem tschechisch-slowakischen Staat Schwierigkeiten zu bereiten. Der Zehner-Ausschuß der Friedenskonferenz hat den Beschluß gefaßt, die angeschuldigten Regierungen sofort zu hören und der tschechisch-slowakischen Regierung die Unterstützung der Alliierten angedeihen zu lassen. Einen endgültigen Beschluß hat der Zehner-Ausschuß in dieser Frage noch nicht gefaßt. Er hat sich eine definitive Stellungnahme zu den tschechischen Beschwerden bis zum Eintreffen genauer Nachrichten vorbehalten.

*

Deutschands künftige Luftflotte

Haag, 13. März.

In seiner heutigen Sitzung hat der Oberste Kriegsrat die Luft-Kriegs-Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, eingehend geprüft. Die für diesen Plan zuständigen Sachverständigen haben die Bedingungen anerkannt und entgegengenommen. Die nächste Sitzung wird morgen stattfinden. Pariser Zeitungen veröffentlichen folgende Mitteilungen über die Klauseln der Luft-Kriegs-Bedingungen und den ferneren deutschen Flugdienst: Deutschland soll alle seine Kampf- und Bomben-Flugzeuge, sowie auch alle lenkbaren Luftschiffe ausliefern. Was die Wasser-Flugzeuge anbetrifft, so soll ihr Bestand nur so hoch sein, als unbedingt für den Küsten-Polizeidienst und die Minenräumung notwendig ist. Die Alliierten werden später das von Deutschland ausgelieferte Flugzeugmaterial unter sich im Verhältnis ihrer Beteiligung im Flugdienst im Kriege aufteilen. Es handelt sich weiter darum, den Bau einer deutschen Luftflotte zu verhindern. Man will Maßnahmen treffen, daß die Handels-Flugzeuge, die Deutschland im Frieden belassen sein sollen, nicht in Kriegsmaschinen umgebaut werden können.

Halle und Umgebung

Halle, 14. März.

Leutnant Markmann zum Gedenken

„Vergiß die teuren Toten nicht“ . . .

In diesen, des Vaterlandes Tagen tiefster Lebensnot möchten viele unter uns mit Pylades' Worten in der „Iphigenie“ sprechen: „Selig sind die Tausende, die starben den bittersüßen Tod von Feindeshand.“ Denn ihnen blieb erspart, das schmähliche Leid dieser Zeitläufte mitzuerleben. Umsonst, so denken viele von uns, ist dieser Krieg gewesen. Umsonst sind verblutet die Blühendsten, Edelsten, die freie Schar vom August 1914.

Wie viel sprachen wir, planten wir während der Kampfesjahre von Kriegerehrung, Heldenfriedhöfen und Heldendenkmalen! Zuviel vielleicht. Der Schwall der Worte ist verstummt jetzt, da es an der Zeit ist, den ungezählt Tausenden ihren Opfertod zu danken, denen wir vordem in Lied und Schrift gelobten, ihren Namen und ihre Taten hochzuhalten in alle Zeit. Vergessen sind die Denktage der Siege sondergleichen, verweht, will's scheinen, die Namen der Helden. Lassen wir das Gedächtnis nicht ertöten in uns an die, die unsern Namen in der Welt noch einmal groß gemacht haben, ehe er seinen tiefen Fall getan. Vergessen wir unsere Helden, unsere Siege, unser heiligstes Vermächtnis aus größeren, schöneren Tagen nicht! Das Volk ist nicht edel, das seine Toten nicht ehrt. —

So mag der Tag, an dem der Tapfersten einer aus der Reihe der Halleschen Jungmannen sein junges Leben auf dem Felde der Ehren gab, nicht vorübergehen, ohne daß seiner in Treuen gedacht wird. Wie stolz waren alle Hallenser, und zumal seine näheren Freunde, seine Kameraden und Schulkameraden, als am 19. Februar, vor einem Jahre, die Zeitungen berichteten, Hans Markmann, der schon das Eiserne Kreuz 1. Klasse und den Hohenzollernschen Hausordens mit den Schwertern auf der Brust trug, ist der Pour le mérite verliehen worden! „Der lange Markmann“, alle jungen Hallenser kannten ihn ja, war der Held des Tages. Aber er soll nicht nur der Held jenes Tages gewesen sein. Sein soll und seiner Taten gedacht werden, solange deutscher Kriegstaten nicht vergessen wird. Der Weltkrieg, so hat jemand treffend gesagt, war „ein Krieg des Leutnants und Kapitänleutnants“, und er dachte dabei an Sturmtrupps und U-Boote, die zu führen nur die Tapfersten der Tapferen ausgewählt und geschult wurden. Von diesen einer war Hans Markmann. Als Sturmtruppführer in den Höllenkämpfen an der Westfront bahnte er so und so oft den Brüdern in den Gräben den Weg, packte er dem Feind in den Rachen, bis auch ihn, vor etwa Jahresfrist (am 27. Februar war der Tag), im Vorfeldkampf der Tod traf. —

Ist dieser Krieg, ist der Heldentod dieser jungen deutschen Krieger „umsonst“ gewesen? Glauben wir doch das nicht. Es kann nicht umsonst gewesen sein, daß die beste Schar der Jugend ihr Blut hingab. Niemals fließt edles Blut, in Freiheit geopfert, vergebens! Lasse niemand den Glauben daran fahren, daß aus Kriegsnot und Aufruhr, Niederlage und Herrschaft Artfremder deutsches Wesen dermaleinst geläutert hervorgehen wird als reinstes, innerstes Selbst. „Der Erlebniswert des großen Krieges wird sich, will's Gott, erst später an der heutigen Jugend zeigen; sie hat vielleicht mehr davon aufgenommen, als die Alten. Denn Jugend sucht Heldentum — Heldentum ist Jugend . . .

a. m.

Ablieferung sämtlicher Faustfeuerwaffen

Der Kommandeur der Landesjäger, Generalmajor Maercker, erläßt soeben folgenden Befehl:

Auf Grund des von mir erklärten Belagerungszustandes verordne ich: Alle Schußwaffen und alle Munition aus Heeresbeständen (Gewehre, Karabiner Pistolen, Maschinenpistolen, Revolvergeschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer), die im Besitze dazu unbefugter Personen sind, sind bis zum 15. März, 6 Uhr abends bei der Polizei abzugeben. Schußwaffen aus Heeresbeständen sind auch die im Inlande befindlichen aus feindlichen Heeresbeständen stammenden Schußwaffen.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich ferner auf sonstige Faustfeuerwaffen moderner Konstruktion sowie dazu gehöriger Munition. An diesen Waffen ist zwecks späterer Rückgabe der Name des Einliefernden sichtbar und dauerhaft anzubringen.

Der bisherige unbefugte Besitz bleibt straflos, wenn die Ablieferung bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte erfolgt. Wer nach Ablauf der Ablieferungspflicht im unbefugten Besitz von Waffen oder Munition der im Absatz 1 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 3 Monaten. — § 3 der Verordnung über den Waffenbesitz vom 13. Januar 1919, Reichsgesetzblatt Seite 31. Dieser Befehl ergeht im Interesse der öffentlichen Sicherheit, und seine Uebertretung wird, sofern nicht die obenstehenden Strafen verwirkt sind, nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

*

Ein weiterer Befehl verhängt zur Durchführung des dem L.-J.-Korps von der Regierung erteilten Auftrages, in Halle a. S. und Merseburg sowie deren Umgebung die aus Heeresbeständen in den Händen Unbefugter befindlichen Waffen einzuziehen, über den unten näher bezeichneten Bezirk den Belagerungszustand. Der in Belagerungszustand erklärte Bezirk wird von folgenden ideellen Linien umgrenzt, wobei Orte, die von den Linien durchschnitten werden, als innerhalb des Bezirks gelegen anzusehen sind: Könnern—Seeburg—Schafstädt—Mücheln—Dürrenberg—Schkeuditz—Delitzsch—Bitterfeld—Wolfen bis zur Grenze von Anhalt, dieser folgend bis zum Schnittpunkt mit der Straße Könnern—Bebitz—Gröbzig—Könnern. Außer Kraft gesetzt werden die Artikel 5, 6, 7, 36 der preußischen Verfassung.

Ein neues Städtebund-Theater

Wie uns geschrieben wird, wird der Plan erwogen, die Stadttheater von Halberstadt, Quedlinburg und Aschersleben zu einem neuen Städtebundtheater zu vereinigen, und zwar aus finanztechnischen wie künstlerischen Gründen. Das erst vor einigen Jahren neu erbaute und zunächst finanziell und künstlerisch durchaus leistungsfähige Stadttheater in Halberstadt ging nach beiden Richtungen bald zurück, und die Bühnen Quedlinburgs und Aschersleben ereilte das gleiche Schicksal. Auch die von den beiden letzteren Bühnen zu Gastspielen herangezogenen Theater von Halle, Magdeburg, Dessau und Braunschweig vermochten den Rückgang nicht aufzuhalten, vermehrten vielmehr die finanziellen Kalamitäten. Unter diesen Verhältnissen trat das Stadttheater in Halberstadt an die beiden anderen Bühnen zwecks Gründung eines Städtebundtheaters unter folgenden Bedingungen heran: Für die drei Städte wird von dem bisherigen Direktor des Halberstädter Stadttheaters, Sioli, der eine feste Besoldung erhält, ein brauchbares Ensemble zusammengestellt. Die Kosten werden von Quedlinburg und Aschersleben zu je zwei Siebenteln und von Halberstadt zu drei Siebenteln getragen. Die vereinnahmten Eintrittsgelder verbleiben jeder Stadt. Kein Schauspieler darf unter 300 Mk. Monatsgage beziehen.

— **Die 24. ordentliche Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen** findet am Sonnabend, den 29. März in Halle Verwaltungsgebäude der Landwirtschaftskammer, Kaiserstraße 7, statt. Die Verhandlungen beginnen vormittags 9 Uhr und werden nur einen Tag umfassen. Auf der Tagesordnung steht u. a. Beschlußfassung über den Voranschlag für das Geschäftsjahr 1919, sowie über die Höhe der für das Jahr 1919 auszuschreibenden Umlagen. Bericht über die Geschäftstätigkeit der Landwirtschaftskammer und der Ausschüsse, sowie über die vom Vorstande im Jahre 1918 bei den Behörden gestellten Anträge und erstatteten Gutachten. Aussprache über die durch den Gang der Ereignisse geschaffene Lage der Landwirtschaft.

— **Städtische öffentliche und höhere Handelsschule.** Anmeldungen zum Besuch der neu zu errichtenden öffentlichen und höheren städtischen Handelsschule für männliche Personen werden noch bis zum 17. März im Amtszimmer des Direktors, Sophienstraße 87, entgegengenommen. Der Lehrgang der öffentlichen Handelsschule umfaßt zwei Jahre, der Lehrgang der höheren Handelsschule ein Jahr. Schüler der öffentlichen Handelsschule müssen eine gute Volksschulbildung besitzen; die Schüler der höheren Handelsschule haben den Nachweis zu bringen, daß sie das Reifezeugnis für Obersekunda einer höheren Lehranstalt besitzen oder eine als vollentwickelt anerkannte Mittelschule erfolgreich bis zum Schlusse besucht und im Deutschen sowie in einer Fremdsprache mindestens das Prädikat „gut“ haben. Das Schulgeld für die öff. Handelsschule beträgt jährlich 150 Mk., für die höh. Handelsschule 240 Mk. Nähere Auskunft erteilt der Direktor.

— **Geplünderte Gegenstände.** Die durch die Plünderungen geschädigten Geschäftsleute werden gebeten, die in der Moritzburg lagernden Sachen anzusehen und ihr Eigentum herauszusuchen. Die Rückgabe der Sachen erfolgt später.

— **Saatstelle.** Mit dem 7. März d. J. wurde eine Saatstelle der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen bei der agrikultur-chemischen Versuchsstation begründet. Von dieser Saatstelle aus werden alle Fragen und Arbeiten betreffend die Saatenanerkennung und das allgemeine Versuchswesen, für die bisher die Landeskultur-Abteilung zuständig war, sowie die Prüfung von Saatzuchten behandelt. Die Saatzucht-Abteilung der agrikultur-chemischen Kontrollstation ist in die Saatstelle übernommen worden.

Provinz Sachsen

1. Zerbst, 12. März. (Die Gründung einer Siedlungsgesellschaft) für den Kreis Zerbst mit angeblich einem Stammkapital von 500 000 Mk. ist in die Wege geleitet. Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb von Gelände für Kleinwohnungen mit Gärten und Herstellung derselben. Die Nachfrage nach ländlichen Eigenhäusern ist in Arbeiter- und Angestelltenkreisen des Kreises Zerbst sehr groß.

+ Stößen, 13. März. (In der letzten Stadtverordnetenversammlung) wurde das Ergebnis der Prüfung der neuen Stadtverordnetenwahlen bekanntgegeben. Es entfielen gültige Stimmen auf den Wahlvorschlag Petermann 197, Förster 243 und Erbert 101. Die Versammlung setzt sich zusammen aus 6 Vertretern der Demokratischen, 4 Vertretern der U. S. und 2 Vertretern der Nationalen Partei.

r. Meuselwitz, 11. März. (Doppelehe.) Im Nachbardorfe Zechau war seit 4 Jahren ein Krieger vermißt. Die Ehefrau glaubte, ihr Gatte sei tot und schloß wieder eine Ehe. Jetzt hat nun der erste Gatte aus russischer Gefangenschaft geschrieben.

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 13. März. Nach der fünftägigen Unterbrechung des Börsenverkehrs hatten sich die Börsenleute mit den inzwischen vorgefallenen Ereignissen abzufinden. Abgesehen von dem nunmehr ziemlich erledigten Spartakusputsch waren es vor allem die Sozialisierung des Bergbaues und die angekündigte Kapitalrentensteuer, die reichen Gesprächsstoff boten. Gemessen an den Schlußkursen vom 5. März waren die Kurse heute zwar nicht einheitlich, die Tendenz im allgemeinen aber als recht fest zu bezeichnen. Dies gilt namentlich vom Montanmarkt, wo Gelsenkirchen eine starke Aufwärtsbewegung erfuhren und die Mehrzahl der anderen Werte, wie Lothringer Hütte, Phönix und Deutsch-Luxemburger, mit sich zogen, wogegen Bismarckhütte und Bochumer etwas schwächer lagen. Man tröstete sich in Börsenkreisen bei den Schwankungen mit der Entschädigungspflicht gegenüber den Gesellschaften. Recht fest lagen auch noch Rheinmetall, Daimler, Köln-Rottweiler, Felten und Guilleaume, sowie Höchster Farbwerke, wogegen die anderen gehandelten Werte auf diesem Gebiete leichte Kursnachlässe erfuhren. Schiffahrtslinien waren im allgemeinen behauptet bis auf Südamerikaner und Hansa, die schwächer lagen. Eine sprunghafte Aufwärtsbewegung um 23 Prozent erfuhren im Einklang mit Wien Orientbahnaktien, um 10 Prozent Türkische Tabakaktien. Auch Prinz-Heinrich-Bahn notierte 12 und Schantungbahn 1 Prozent höher. Große Berliner Straßenbahn setzte ihre Steigerung mit 3 Prozent fort. Kriegsanleihe notierte 93½; heimische Anleihen sind nur wenig verändert. Ungarische Renten lagen fest, österreichische etwas schwächer. Pfundanleihen wiesen unregelmäßige Kursbewegung auf. Das Geschäft nahm nur am Montanmarkt einen etwas größeren Umfang an. Im Verlaufe schrumpfte es aber auch hier zusammen. Auch für Rechnung des neutralen Auslandes sollen ziemlich erhebliche Kaufaufträge zu erledigen gewesen sein.

Produktenbericht.

Berlin, 13. März. Das Geschäft in Landesprodukten am hiesigen Platze bleibt im allgemeinen ruhig, wenn auch in einzelnen Artikeln hier und da lebhaftere Umsätze zu verzeichnen sind. Aus der Provinz Posen liegen größere Angebote an Möhren vor, die wohl, da die Haltbarkeit der Ware eine beschränkte ist, herausgelassen werden. Runkelrüben waren in den letzten Tagen vielfach umgesetzt. In Kleesaaten ist die Lage unverändert. Während in Weißklee manches angeboten ist, fehlt Rotklee fast ganz, und auch Schweden- und Wundklee sind meist nur in kleinen Mengen zur Verfügung. Serradella bleibt fest. Für Rauhfutter ist die Nachfrage sehr lebhaft. Als Ersatz für das fehlende Getreidestroh wird Senf- und Rapsstroh gehandelt. Wetter trübe, warm.

Dividendenvorschläge.

Die Niederlausitzer Bank A.-G. schlägt eine Dividende von 8 Proz. vor. — Die Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien in Göschwitz, schlägt eine Dividende von 12 Proz. (i. V. 10 Proz.) vor. — Die Spar- und Kreditbank Mittweida schlägt eine Dividende von 6 Proz. vor. — Petzold und Aulhorn A.-G. in Dresden schlägt eine Dividende von 10 Proz. (i. V. 12 Proz.) vor. — C. F. Solbrig u. Söhne, A.-G. in Chemnitz, schlägt wieder eine Dividende von 8 Proz. vor. — Die Geraer Jutespinnerei und Weberei schlägt eine Dividende von 36 Proz. auf A-Aktien und von 30 Proz. auf B-Aktien vor.

* **Halle a. S., 13. März.** In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates des Halleschen Bankvereins wurde beschlossen, der am 4. April stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 9 Prozent, wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

* **Spar- und Vorschußbank Halle.** Der Aufsichtsrat schlägt wieder eine Dividende von 5 Prozent vor.

* **Eisleber Diskonto-Gesellschaft.** Obwohl das ganze Jahr hindurch der Geschäftsgang äußerst lebhaft war und der Umsatz den des Vorjahres um fast 99 Millionen Mark übertrifft, so ist doch der Abschluß nicht gleich günstig dem des Vorjahres. Infolge der Minderwertungen war eine Vornahme erheblicher Abschreibungen auf den Effektenbesitz nötig. Der Rückgang der Gesamterträgnisse erklärt sich aber auch daraus, daß für den wachsenden Zustrom von Geldern nur wenig nutzbringende Verwendung vorhanden war. Der Abschluß brachte bei einem Gesamtumsatz von 301 234 084 Mark (i. V. 203 093 019 Mark) einen Reingewinn von 232 942 (322 305) Mark, aus dem 15 (16) Prozent Dividende verteilt werden sollen. Die Bilanz bringt: Wechsel 8 751 753 Mark, Wertpapiere 2 077 780 Mark, Kasse 1 025 088 Mark, Bankguthaben 9 568 972 Mark, Debitoren 6 016 174 Mark, Kreditoren 22 063 130 Mark.

ss. **Leipziger Hypothekenbank zu Leipzig.** Die Generalversammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung und setzte die Dividende auf 8 Prozent fest. Der Vorsitzende teilte bezüglich der Aussichten mit, daß die Lage des Instituts für das laufende Geschäftsjahr wieder ein befriedigendes Ergebnis erhoffen lasse.

* **Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.** (Alte Stuttgarter). Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1918 zeigen einen im Hinblick auf die Kriegsabgänge wertvollen weiteren Schritt vorwärts zur Verbreiterung der Grundlage der „Alten Stuttgarter“. Aufgenommen wurden 8985 (i. V. 6560) Versicherungen mit 100,8 (i. V. 61,7) Millionen Mark. Der Abgang durch Tod belief sich auf 2034 Versicherungen mit 14,1 Millionen Mark. Nach Abzug des Gesamtabganges verbleibt ein Reinzuwachs von 3341 (i. V. 778) Versicherungen mit 61,8 (i. V. 24,2) Millionen Mark Kapital. Einschließlich der Altersversicherung betrug Ende 1918 der Gesamtbestand der Bank 178 024 Versicherungen mit 1 Milliarde 255,5 Millionen Mark Versicherungssumme.

* **Die schwierige Lage der Zinkindustrie.** Seitens der Zinkhüttenwerke wird trotz Ablehnung der Regierungsstellen eine Erhöhung der Zinkpreise angestrebt mit der Begründung, daß bei den augenblicklich in Geltung befindlichen Preisen kaum die Selbstkosten gedeckt werden. Die Lage der Zinkindustrie ist deswegen so besonders schwierig, weil durch den während des Krieges getriebenen Raubbau große Vorräte vorhanden sind, die jetzt auf den Markt abgestoßen werden müssen. Die Aufnahme des Exportes ist augenblicklich nur in geringem Umfange möglich, auch hat sich die Lage am Weltmarkt zunehmend ungünstiger gestaltet.

Geschäftliches.

Damen sollen stets darauf bedacht sein, schöngepflegtes volles Haar zu besitzen und sich zu erhalten; denn nichts entstellt mehr als eine schlechte Frisur. Vielen Damen ist es nun trotz aller Mühe nicht möglich, eine schöne haltbare Frisur zuwege zu bringen, da ihr Haar an zu reichlichem Fettgehalt leidet. In solchen Fällen überrascht das ärztlich und von Damenfriseuren bestens empfohlene Pallabona durch seine Wirkung. In geringer Menge trocken in das Haar gestreut und verbürstet, beseitigt Pallabona alles überschüssige Fett, die Kopfhaut macht es gleichzeitig rein und weiß. Das Haar wird weich und voll, die Frisur gelingt mühelos und erfreut durch ihre Haltbarkeit. Jede Dame mache einen Versuch. Bei Damenfriseuren und in Parfümerien ist das bewährte Fabrikat stets auf Lager.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft i. V.: Hans Helling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen i. V.: Hans Helling; für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Goetsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903141-18/fragment/page=0003

Bekanntmachung

Nr. F. R. 470/2. 19. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

In der Bekanntmachung Nr. W. I. 1771/6. 17. K. R. A. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien vom 1. Juli 1917 erhalten die §§ 7 und 12 folgende Fassung:

§ 7.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin SW 48, Verl. Hedemannstr. 8, wird für das nach § 5 festgestellte Verkaufsgewicht reingewaschener Wolle dem Verkäufer folgenden Uebernahmepreis*) zahlen:

I. Soweit er Schafhalter ist, für

AAAA	Feinheit 25,20 Mark zuzüglich einer Prämie von 3,00 Mark für vollschürige Edel-Merinowolle,
AAA	Feinheit 23,80 Mark
AA	„ 22,00 „
A	„ 20,80 „
A bis B	„ 19,60 „
B	„ 18,40 „
B bis C	„ 17,20 „
C	„ 16,00 „
C bis D	„ 15,00 „
D	„ 14,00 „
D bis E	„ 13,00 „
E	„ 12,00 „

für 1 kg reingewaschene Wolle einschließlich Waschlohn.

II. Soweit er nicht Schafhalter ist:
den gemäß den unter I. getroffenen Bestimmungen festgesetzten Uebernahmepreis zuzüglich 8 vom Hundert.

*) Anmerkung: Es wird darauf hingewiesen, daß die obenstehenden Preise von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft nur für Gegenstände erster Sorte gezahlt werden dürfen. Für mindere Arten werden entsprechend niedrigere Preise gezahlt.

Die zu zahlenden Preise werden von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft unter Zuziehung einer Sachverständigen-Kommission festgesetzt. Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft wird auf diese Preise vor endgültiger Regelung eine Abschlagszahlung gewähren.

§ 12.

Freigabe.

An Schafhalter werden hiermit, ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf, zum Zwecke der Selbstversorgung aus dem jährlichen Schuranfall der im eigenen Besitz befindlichen Schafe folgende Mengen Rohwolle (Schmutzwolle) freigegeben:

Bei einem Schafbestand

von	1 Schaf	1 kg Rohgewicht (Schmutzwolle)
„	2 Schafen	2 „ „ „
„	3—4 „	3 „ „ „
„	5—7 „	4 „ „ „
„	8—10 „	5 „ „ „
„	11—50 „	10 „ „ „
„	51—100 „	15 „ „ „
„	100—200 „	20 „ „ „
von mehr als	200 „	25 „ „ „

Die Freigabe erfolgt unter der Bedingung, daß die Schafhalter ihren sonstigen gesamten Anfall an Wolle von eigenen Schafen entsprechend den Anordnungen dieser Bekanntmachung zur Ablieferung bringen.

Im übrigen können Anträge auf Freigaben nach Ablehnung eines Ankaufs durch die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft (§ 6) für die abgelehnten Mengen gestellt werden. Die Anträge sind unter genauer Angabe der abgelehnten Mengen und Einsendung eines Musters an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Sektion W. I, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 20, zu richten, welche für die Entscheidung zuständig ist.

Die freigegebenen Mengen sind gesondert von den übrigen zu halten.

Artikel II.

Die Bekanntmachung Nr. W. I. 1492/8. 17. K. R. A. vom 20. September 1917 betreffend Ausführungsbestimmungen gemäß § 12 der Bekanntmachung Nr. W. I. 1771/6. 17. K. R. A. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien tritt außer Kraft.

Artikel III.

Diese Bekanntmachung tritt am 25. Februar 1919 in Kraft.

Berlin, den 25. Februar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffhügel.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 360/2. 19. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. 2/11. 18. S. 3 betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Pfefferminzkraut, -blättern vom 2. November 1918 tritt außer Kraft.

Artikel II.

Die von den Kriegsministerien oder den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügungen über die Beschlagnahme von Chinin, Arecolin, Arecolin hydrobromicum, Folia menthae pip., Physostigmin und Physostigminsalzen treten außer Kraft.

Artikel III.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Februar 1919 in Kraft.

Berlin, den 21. Februar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffhügel.

Bekanntmachung.

Bei einem Pferd des Handelsmanns und Abbruchunternehmers Paul Krüger, hier, Wittestraße 5, ist Räude festgestellt worden.

Halle, den 11. März 1919. Die Polizeiverwaltung.

Grenzschutz-Ost

braucht sofort:

1. **Freiwillige für Sanitätskompagnien,** und zwar: Sanitäts-Offiziere, Sanitäts-Unteroffiziere, Krankenträger, Krankenwärter, Handwerker, Trainsoldaten als Pferdepfleger und Fahrer.
2. **Freiwillige für Eisenbahntruppen.**
3. **Freiwillige für Brückentrains, Bäckerei- und sonstige Kolonnen.**
4. **Freiwillige für Nachrichtentruppen jeder Art** und zwar: Fernsprecher, Funker, Blinker, Abhörmannschaften, Brieftauben- und Meldehundwärter, Fahrer.

Bedingungen:

Mobile Löhnung, 5 Mark tägliche Zulage, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterbringung, Familienunterstützung, Versorgungsansprüche. Militärpapiere oder behördliches Führungszeugnis müssen vorgelegt werden.

Meldung bei allen Werbestellen des Grenzschutz-Ost, bei jedem Bezirkskommando, Hauptmeldeamt und Landratsamt, woselbst Fahrscheine nach Danzig zu erbitten sind.

In Danzig Meldung beim

Hauptwerbebüro Grenzschutz-Ost,
Weißmönchenhintergasse 1—2 am Hauptbahnhof.

Inspektion Danzig für Grenzschutz-Ost.

Aufruf an alle wehrfähigen Männer von Halle!

Kameraden! Noch einmal ergeht der Ruf an Euch, dem bedrängten Vaterland zu Hilfe zu eilen. Wie Ihr alle wißt, versuchen die bolschewistischen Truppen mit allen Mitteln in unsere Ostmark einzudringen. Die Uebermacht ist groß, daher ist schnelle Hilfe dringend nötig. Darum

Kameraden, wer sein Vaterland und seine Familie liebt, der komme und helfe.

Erkennt die Gefahren, Kameraden, die uns die bolschewistischen Scharen in unser Land tragen wollen. **Feldsoldaten**, an Euch ganz besonders geht der dringende Ruf auf Anwerbung im

Freikorps Rieckhoff (Baltenwehr).

Bedingungen: **Mobile Löhnung**, außerdem innerhalb **Deutschlands 5 Mark**, außerhalb 9 Mark tägliche Zulage, 30—50 Mark Treugeld pro Monat, freie Verpflegung, **Unterkunft**, Ausrüstung usw. disziplinierte Truppe. Besonders erwünscht: Pioniere, M.-G.-Schützen, Infanteristen, Schneider, Schuhmacher, Armeeoffiziere und Aerzte. Feldsoldaten, folgt unverzüglich dem Hilferufe Eurer Kameraden, die Schulter an Schulter mit Euch 4½ Jahre tapfer gekämpft haben. **Weitgehende Garantie auf Ansiedlung und Anstellung in Kurland von seiten der baltischen Regierung allen Kämpfern gewährleistet.**

Bewerber haben sich zu melden bei ihren Bezirks- oder Garnisonkommandos **mit der ausdrücklichen Betonung, daß sie zur Baltenwehr wollen.**

Auskunft erteilt: **Werbebureau Freikorps Rieckhoff, Magdeburg**, Bismarckstr. 23 (Volksschule).

Freikorps Rieckhoff. J. A.: Baetge.

Dem **Korps angegliedert** ist auch eine Armee-Brücken-Abteilung, die **gediente Pioniere** und **Bauhandwerker** einstellt. Meldungen ebenfalls an das Werbebüro, Magdeburg, **Bismarckstraße 23**. Bedingungen wie oben.

Beim Generalkommando laufen täglich zahlreiche Anfragen ein von Leuten, die sich zum Eintritt in die japanische Armee melden wollen und um Angabe der Werbestelle bitten.

Dem Generalkommando ist von derartigen Werbungen der japanischen Armee nichts bekannt.

Anfragen an das Generalkommando in dieser Angelegenheit können in Zukunft nicht mehr beantwortet werden.

Von seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Generalstabes.
gez. **von dem Hagen**, Oberstleutnant.

Der Zentral-Soldatenrat IV. A.-K.
gez. **Völcker.**

5 %iges Handdarlehen der Stadt Magdeburg

mit späterem Umtausch in

4½ %ige Magdeburger Stadtanleihe von 1919.

Beteiligungen an dem 5%igen Darlehn zum Nennwert mit Verpflichtung zur späteren Abnahme eines gleichen Betrages von 4½% Magdeburger Stadtanleihe von 1919 (erhältlich in Stücken von 5000, 2000, 1000, 500 u. 200 M)

zum Kurse von 98,60 Mk. spesenfrei

nimmt an

Sparkasse der Stadt Halle.

**Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen**

grosse Auswahl
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

**Pianino-Stimmungen
Reparaturen
Albert Hoffmann**
am Riebeckplatz.

In keiner Küche sollte **Handwaschmittel Craval** zur Ersparnis von Seife fehlen! 1 Stück 20 ₰, 5 Stück 95 ₰
H. Schnee Nachf., Große Steinstraße 84.

Konzertdirektion Siegfried Kummerehl.
Thaliasäle, Freitag, den 14 März,
abends 6 Uhr

Elite-Konzert

**ELENA GERHARDT
ROBERT HUTT.**

Am Klavier: **Otto Bake.**

Karten von 2 bis 5 Mk. bei H. Hothan, Gr. Ulrichstr.

Vortragsfolge.

1. Feldeinsamkeit, Wie bist du meine Königin — Johannes Brahms. Er ist's .... Hugo Wolf. — **Robert Hutt.**
2. Frauenliebe und Leben .. Robert Schumann. — **Elena Gerhardt.**
3. Arie aus der Oper „Liebestrank" — Gaetano Donizetti — **Robert Hutt.**
4. Vor dem Fenster, Willst du, daß ich geh'?, Unbewegte laue Luft, Blinde Kuh, Auf dem Kirchhofe — Johannes Brahms. — **Elena Gerhardt.**
5. Winterweihe, Befreit, Heimliche Aufforderung — Richard Strauß. — Robert Hutt.

Tanz-Unterricht.

Den geehrten Damen und Herren die ergebene Mitteilung, dass mein Unterricht wieder **Montag, den 17. März, 5—½9 Uhr** im **Grand-Hotel „Hohenzollernhof"**, Magdeburgerstr., und **Dienstag, den 18. März** im **„Augustiner-Bräu"**, beginnt.
H. Wipplinger.

Keinen Tropfen Wasser
läßt Dr. Gentner's
Oelwachslederputz

Nigrin

durch das Leder des Schuhzeugs eindringen bei fortlaufendem Gebrauch. Eine hauchdünne, hochglänzende, durch Wasser u. Schnee unzerstörbare Wachsschicht bildet sich auf dem Leder, welche das Eindringen des Wassers verhindert. — Nigrin färbt nicht ab.

Hersteller, auch des so beliebten Parkettboden- und Linoleumwachses Roberin:
Carl Gentner, Göppingen.

Schutzmarke

Vertreter: E. Eberwien & Co., Halle a. Saale, Delitzscher Straße 2. Fernspr. Nr. 1267.

**Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach,**
Gr. Ulrichstr. 41.

**Haltbare, gute
Schuhsenkel**
empfiehlt 9879
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Sonntag, 16. März, abends 7—8 Uhr in der Marktkirche
Orgel-Konzert von Oskar Rebling.
Mitwirkung: Hofopernsängerin Frl. Charlotte **Vogel-Halle.**
Werke von Schubert, Liszt, Brahms, Reger u. K. Klanert.
Eintritt frei gegen Programmentnahme: Schiff 50 Pfg., Altarraum 1 Mk. Vorverkauf ab Freitag nachm. bei H. Hothan. Kirche ist geheizt.

Spedition
nach dem In- und Ausland
Lagerhäuser
12 000 □-Meter mit Bahnanschluß und Hafen
Robert Haberling-Berlin W 9

Das Gute Scheffel-Brot
Überall zu haben.

Intreihweiss
(Wasch- und Bleichextrakt)
das beste sauerstoffhaltige Waschmittel
empfehlen
Heimbold & Comp.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903141-18/fragment/page=0004